

ifo Ökonomenpanel: Coronakrise erhöht Zahl der Zombie-Firmen



München, 19. Oktober 2020. Deutsche Volkswirte befürchten, dass in der Coronakrise die Zahl der Zombie-Firmen „eher zunimmt“. 66 Prozent der vom ifo Institut befragten Wirtschaftswissenschaftler teilen diese Sorge. Das ist ein zentrales Ergebnis des Ökonomenpanels, das das ifo Institut und die Frankfurter Allgemeine Zeitung gemeinsam erstellen. „Einige der staatlichen Hilfsmaßnahmen haben leider unerwünschte Nebenwirkungen“, sagt Niklas Potrafke, Leiter des ifo Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie „Sie begünstigen, dass auch Unternehmen künstlich am Leben gehalten werden, die kein überzeugendes Geschäftsmodell haben.“

86 Prozent der Befragten sehen das Risiko, dass sogenannte Zombie-Unternehmen entstehen, weil die Pflicht ausgesetzt wurde, eine Insolvenz im Falle von Zahlungsunfähigkeit bei Gericht anzumelden. Seit ersten 1. Oktober gilt diese Sonderregel jedoch nicht mehr. Auch das Kurzarbeitergeld fördert nach Meinung von 50 Prozent der Befragten Zombie-Unternehmen. 32 Prozent halten in diesem Sinne auch staatliche Kredite an Unternehmen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für risikoreich.

64 Prozent der Befragten erwarten, dass die Zahl der Pleiten nach Ende der staatlichen Wirtschaftshilfen „eher steigen“ dürfte. Weitere 32 Prozent gehen sogar von „stark steigenden“ Insolvenzzahlen aus. Der Freiburger Volkswirt Oliver Landmann ergänzt, die Hilfen jetzt schon einzustellen, sei verfrüht. Wohl aber sende ein langsames, berechenbares Abschmelzen ein wirksames Signal aus.

Befragt wurden 120 deutsche Wirtschaftswissenschaftler

Mehr.